

Lothar Rühl



Strategische Analysen

Sicherheitspartner Türkei

**Geopolitik, Strategie und
europäische Interessen**

Wien, im
Mai 2004

Büro für
Sicherheitspolitik

Staatssekretär a.D. Prof. Dr. Lothar Rühl ist am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität Köln tätig und Senior Fellow am Zentrum für Europäische Integrationsforschung der Universität Bonn.

Der Text dieser Studie basiert auf einem Vortrag, den Prof. Rühl am 15. März 2004 im Büro für Sicherheitspolitik des Bundesministeriums für Landesverteidigung in Wien gehalten hat. Der Autor gibt darin ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

Impressum

Herausgeber:

Sektionschef Hon.Prof. DDr. Erich Reiter

Redaktion: Mag. Walter Matyas, Doris Washiedl

Korrekturat: Doris Washiedl, Melitta Strouhal

Eigentümer, Verleger und Hersteller:

Büro für Sicherheitspolitik des

Bundesministeriums für Landesverteidigung

Amtsgebäude Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Tel. (+43-1) 5200/27000, Fax (+43-1) 5200/17068

Gestaltung: Doris Washiedl

Vervielfältigung: Vzlt Johann Jakob

Druck- und Reprintstelle der Landesverteidigungsakademie Wien

Aktuelle Informationen zu Publikationen des Büros für Sicherheitspolitik und der Landesverteidigungsakademie finden Sie im Internet:

<<http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen>>

I.

Stellt oder löst ein EU-Beitritt der Türkei Sicherheitsprobleme Europas? Besteht eine reale Alternative in einer organisierten „strategischen“ oder „privilegierten Partnerschaft“ mit der Türkei? Diese beiden allgemeinen Grundfragen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) im Verhältnis zur Türkei umschreiben den sicherheitspolitisch-strategischen Themenkreis der türkischen Frage für das Europa der EU.

Die politische Frage einer Aufnahme der Türkei in die Europäische Staatengemeinschaft ist seit vierzig Jahren gestellt, aber noch nicht beantwortet. Auch die Einreihung der Türkei in den Kreis der von der EU im Prinzip als beitriftswürdig anerkannten Kandidaten gibt noch keine verbindliche Antwort, und selbst die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, vorgesehen für das Jahresende 2004, wäre diese Antwort noch nicht, wohl aber eine positive Vorentscheidung – die politische Bindung an ein vermutliches Ergebnis dieser Verhandlungen, das natürlich kein Examensresultat im Sinne einer Aufnahmeprüfung sein wird, sondern ein diplomatischer Kompromiss, zu dem äußere Faktoren wie die Beziehungen der Türkei zu den USA und das europäisch-amerikanische Verhältnis nach der Bündnis-Krise über den Irak-Krieg als Wirkung einer Fremdbestimmung auf die europäische Integrationspolitik und auf die Definition der Union maßgeblich beitragen. Dies dürfte auch für die Verhandlungsdauer so sein: Ankara drängt, weil ja seit vielen Jahren Vorverhandlungen geführt und ein Vorbereitungsprogramm im Sinne der Kopenhagener Richtlinien und Grundsätze zwischen der EU und der Türkei, die sich seit 1996 in einer Zollunion mit der EU befindet, vereinbart wurden.

Trotzdem können Beitrittsverhandlungen schwierig werden und sich in die Länge ziehen: Mit Portugal wurde seinerzeit acht Jahre und neun Monate verhandelt, mit Spanien acht Jahre und fünf Monate, mit Griechenland fünf Jahre und sechs Monate in einem Zeitraum von insgesamt zwölf Jahren. Nach dem langen Vorlauf und einer zeitweilig krisenhaften Zuspitzung des europäisch-türkischen Verhältnisses im Dezember 1997 in einer

Eskalation im Europäischen Rat (ER) zu Luxemburg über einen provisorischen deutschen Alternativvorschlag zur von Ankara geforderten sofortigen Aufnahme der Beitrittsverhandlungen nach damals zehn Jahren seit dem offiziellen türkischen Aufnahmeantrag in die EG und inzwischen 40 Jahren Assoziation ist politisch eine weitere Zeitspanne von etwa einem Jahrzehnt bis zum Abschluss einer Beitrittsverhandlung nicht mehr vorstellbar. Europa muss deshalb wohl oder übel zum Jahresende 2004 Farbe bekennen, auch wenn die Fortschritte der Türkei auf dem Reformweg die Annäherung an die in Kopenhagen gezogene Ziellinie noch nicht weit genug vorangebracht haben.

Diese Entwicklung der türkischen Frage Europas war seit langem zu erwarten und wurde auch hinreichend oft vorhergesagt, beschrieben und kommentiert. Nachdem die politische Grundsatzentscheidung immer wieder auf die lange Bank geschoben, in der optimistischen Sichtweise der üblichen europäischen Regierungspolitik des Ausweichens vor Problemen „ad calendae graecas“ vertagt worden war, in der lange Zeit bestätigten Hoffnung, dass das Veto aus Athen der bewährten Losung „Kein Entscheidungsbedarf!“ die Geltung für alle Zukunft erhalten werde, hat sich die türkische Frage unter dem Druck veränderter äußerer Umstände unabweisbar aufgedrängt; sie bietet sich seit dem 11. September 2001 als eine strategische Notwendigkeit der euro-atlantischen Bündnis- und Sicherheitspolitik an.

Als solche wurde sie von einigen Regierungen in der Union summarisch ohne kritische Prüfung ihres Realitätsgehalts und der möglichen Konsequenzen einer Zulassung der Türkei zur EU, außerdem auch ohne gründliche Debatten akzeptiert – als eine Kompensation für militärische und andere politische Defizite der europäischen NATO-Partner im Verhältnis zu Washington, besonders nach der Allianzkrise über den Irak-Krieg. Seither sind weitere bündnispolitische Komplikationen als Folgen des Terroranschlags in Madrid am 11. März 2004 nach dem auch davon mitverursachten Regierungswechsel durch den überraschenden Wahlerfolg der sozialistischen Opposition, die sich von Anfang an der Beteiligung Spaniens an der Interventionspolitik

der USA und danach an der Nachkriegsbesetzung des Landes verwehrt hatte, hinzugetreten. Für Washington handelt es sich darum, die internationale „Koalition gegen den Terror“ zusammenzuhalten, die ja eigentlich aus drei verschiedenen Gruppierungen in verschiedener Zusammensetzung besteht, an denen allerdings die Türkei jeweils beteiligt ist: Afghanistan, Irak/Golf und global differenziert zur Terrorbekämpfung außerhalb bestimmter Landesgrenzen. Das amerikanische Ansinnen, die NATO möge im Irak direkte Verantwortung für einen Besatzungssektor mit alliierten Truppen unter einem NATO-Kommando übernehmen, betrifft neben Spanien und Polen, die auf dem Terrain schon militärisch engagiert sind wie Italien und andere NATO-Partner, vor allem die Türkei, deren Beteiligung mit einem Truppenkontingent – in Washington spricht man von einer Divisionsstärke um die zehntausend Soldaten – davon abhängt, ob es zu einem NATO-Sektor in der Besatzungssituation unter allgemeiner politischer UNO-Verantwortung und also mit einem UNO-Mandat kommen wird. Insofern sind die Entscheidungen in Madrid und Warschau über den Verbleib des spanischen beziehungsweise des polnischen Kontingents von hohem Interesse und politischem Risiko auch für Ankara.

Gerade neue Spannungen über den Atlantik, im spanischen Fall zu einem in Washington als Frontstaat und Vorzugsverbündeter im „Krieg gegen den Terror“ privilegierten europäischen Partnerland (in dem aber das Volk gegen den Irak-Krieg war und heftige Anti-Kriegs-Demonstrationen 2003 eine psychologische Grenze der politischen Solidarität aufgezeigt hatten), mussten den Druck auf die der NATO angehörenden EU-Partner erhöhen, dem amerikanischen Drängen nach Aufnahme der Türkei in die EU entgegenzukommen.

Ohnehin plädierten die Verantwortlichen für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die ESVP in Brüssel aus geopolitischen und militärgeografischen Gründen dafür, allen voran der außen- und sicherheitspolitische Ratsbeauftragte und ehemalige NATO-Generalsekretär Javier Solana, aber auch EU-Kommissionspräsident Romano Prodi, Außenkommissar Chris Patten und der Kommissar für die EU-Erweiterungsverhandlungen Günter

Verheugen.

Die europäische Öffentlichkeit war bis vor kurzem auf die Beschleunigung der Entwicklung im Verhältnis zur Türkei nicht vorbereitet gewesen, hatte aber schließlich die Stunde der Wahrheit wohl im vergangenen Jahr näher kommen sehen, nachdem die Türkei als offizieller Beitrittskandidat im Prinzip akzeptiert und damit in Europa politisch aufgewertet worden war. Die öffentlichen Diskussionen in Europa sind flach und konturenarm, so als handle es sich um eine zweite oder dritte Slowakei, die man ohne weiteres als neues Mitglied integrieren könnte. Dem entspricht auch die von der EU-Kommission und von den für eine Aufnahme der Türkei aus politischen Gründen plädierenden Regierungen, insbesondere der deutschen, der britischen und der französischen (wobei Paris aber noch Vorbehalte andeutet), schon öffentlich geforderte Tabuisierung der türkischen EU-Beitrittsfrage, über die weder die Völker in den EU-Staaten abstimmen noch die politischen Parteien Wahlkampf führen sollen. Die Verfassungspolitik der EU wird damit nicht direkt in Verbindung gebracht, so als könnte die Türkei in absehbarer Zukunft die Gebote der künftigen Verfassung für Europa erfüllen und dauerhaft einhalten. Insofern hat sich das türkische Demokratie-Defizit schon vor Beginn der Beitrittsverhandlungen auf die EU übertragen. Ähnlich wie im Verhältnis zu Russland und zu der in die EU strebenden Ukraine wird in Westeuropa derzeit auch im Blick auf die Türkei nicht mehr so scharf hingesehen, um Mängel und Täuschungen zu entdecken, wie noch vor einigen Jahren. Noch wird rechtsstaatliche Demokratie von der Türkei gefordert, doch bereits begleitet von einem politischen „Satisfesit“, wie es Prodi und Verheugen Ankara als Beweis guten Willens wie ein Versetzungszeugnis ausgestellt haben, allerdings noch konditioniert.

Geopolitik und Strategie sind die Kategorien, aus denen die Kriterien für eine Aufnahme der Türkei in die EU ausgewählt werden. In diesen Kategorien lässt sich allerdings künftig die Frage nach einem Beitritt Israels, aber eines Tages auch Ägyptens und der vier nordafrikanischen Länder Marokko, Algerien, Tunesien, inzwischen auch des amerikanisch geläuterten Libyen, stellen. Für Libyen und Algerien

sprechen in der dritten Kategorie, der Ökonomie, die Erdöl- und Erdgasressourcen, die natürlich auch jenseits des Kaukasus in der Nachbarschaft der Türkei als Beitrittskriterium im europäischen Interesse ein Argument für Aserbaidschan sein können. Diese noch hypothetischen Beispiele zeigen, dass die EU-Erweiterungspolitik ihren Halt und ihre Orientierung verlieren könnte, wenn nicht länger die politischen, sowohl die von Wertvorstellungen und Grundsätzen bestimmten als auch die von europäischen Interessen gesteuerten Kriterien den Ausschlag geben, sondern geopolitisch-strategische und ökonomische.

In dieser Hypothese wird die geopolitisch-strategische Bedeutung einer Aufnahme der Türkei in die EU als Vollmitglied, aber auch die historische Zäsur im Verhältnis zur Vergangenheit Europas deutlich. In der damit unlöslich verbundenen Fragestellung nach der Vereinbarkeit des muslimischen Charakters einer Bevölkerung mit der Zugehörigkeit eines – zum größeren Teil noch immer orientalischen – Landes am Rande Europas mit einem Zehntel seines Staatsgebietes auf europäischem Boden zur EU liegt die politische Identitätsfrage Europas, die gleichfalls tabuisiert wird, obwohl seit zehn Jahren die so genannte „Europäische Sicherheits- und Verteidigungs-Identität“ als ein Ziel der Integrationspolitik gegenüber den USA proklamiert wird.

Darüber hinaus ist im Falle der Türkei die Frage nach den „natürlichen Grenzen Europas“ gestellt, allerdings alternativ die nach vernünftigen Grenzen der EU, insbesondere auf dem Übergang zu Asien. Solche Grenzen sind nach vier Schlüssel-Kriterien zu ziehen: dem geografischen, dem ethnografischen, dem kulturellen und dem strategischen.

I.1.

Geografisch im klassischen Sinn der europäischen Landkarten seit dem 16. Jahrhundert ist mit Variationen die östliche Begrenzung Europas entlang dem Ural, die westliche auf unterschiedlichen Längengraden des Nordatlantik, die nördliche, gleichfalls mit Varianten, über dem Nordkap entlang, die südliche von Kuban und vom Kaukasus, wiederum mit Varianten, durch das Schwarze Meer vor der

anatolischen Küste bis etwa zur Halbinsel von Izmet gezogen, von wo an westlich in der Regel das nördliche Ufer des Bosphorus und der Dardanellen als zu Europa gehörig eingezeichnet sind (von Ausnahmen, die mit der ursprünglichen Ausbreitung des Byzantinischen Reiches über Teile Kleinasiens zusammenhängen, abgesehen).

Politisch wirkten bis zum Ende des Ersten Weltkriegs die in Russland historisch und ideologisch begründeten Ansprüche des Zarenreichs auf den anatolischen Ostteil Armeniens unter osmanischer Herrschaft und auf das ganze Gebiet von Konstantinopel, also auch auf das asiatische Ufer mit der Halbinsel Izmet, und den Bosphorus unter russischer Souveränität und politisch-militärischer Kontrolle für russische Meerengenherrschaft, dazu der 1916 bis 1921 wiederbelebte griechische Anspruch auf Konstantinopel und Teile des ägäischen Anatolien mit Smyrna (Izmir) für eine Ausdehnung „Europas“ auf Teile des nördlichen und westlichen Anatoliens. Für Konstantinopel und die türkischen Meerengen war dies 1915 auch so zwischen London und Petersburg, Paris und Petersburg in zwei separaten Kriegsvereinbarungen über eine Aufteilung nicht nur des Osmanischen Reiches, sondern auch der Türkei selber vorgesehen. Später wurde vereinbart, auch Griechenland und Italien daran im Westen an der Küste zu beteiligen: Rom wurde mit Rhodos und den zehn Inseln des Dodekanes vor der türkischen Küste abgefunden. Dagegen wurden weder Syrien mit dem Libanon noch Palästina für Europa reklamiert, obwohl diese Gebiete nach dem historischen „byzantinischen“ Kriterium und Bevölkerungsteilen europäischer Herkunft oder sogar noch Nationalität ebenso für „Europa“ in Anspruch genommen werden konnten (ein Argument in Israel für die Verbindung zu Europa und für eine Zollunion mit der EU).

Doch die politische Geografie Europas seit Ende des Ersten Weltkrieges verweist eindeutig auf das kontinentale Europa inklusive der Mittelmeerinseln und der gesamten Ägäis wie des Schwarzmeerraumes bis vor die türkischen Küsten. Schon im 17. und 18. Jahrhundert teilten die europäischen Geografen das Osmanische Reich in „la Turquie européenne“ (die Balkanländer plus die osteuropäischen Besitzungen von der Krim über „die türkische oder

auch tatarische“ Ukraine bis nach Südpolen) und „la Turquie asiatique“ (das außereuropäische Gebiet) ein. Entsprechend etikettierte man das Russische Reich in „la Russie européenne“ und „la Russie asiatique“. Nach 1918 war dies in beiden Fällen politisch nicht mehr opportun und auch geopolitisch nicht mehr schlüssig. Weder die Sowjetunion mit ihrem Ursprungs- und Kernstaat Russland in der allrussischen Sowjetrepublik RSFSR noch Kemals Republik Türkei ließen sich nach geografischen Gesichtspunkten Europas in „europäisch“ und „asiatisch“ unterteilen, obwohl beide Staaten ohne Zweifel eurasisch sind, also von der Geografie und der europäischen Besiedlung her Russland nur halb-europäisch, die Türkei bestenfalls viertel-europäisch nach dem ambivalenten Kriterium der „Verwestlichung“ in Westanatolien. (Hier setzt das ethnografisch-siedlungspolitische Kriterium ein, was dann logisch auch für Israel/Palästina und bis zur Vertreibung der Franzosen aus Tunesien und Algerien in den sechziger Jahren auch für diese beiden Länder Nordafrikas gelten könnte.)

In den internationalen Verhandlungen nach 1922 (dem Gründungsjahr der UdSSR) und 1923 (dem Jahr des Friedens von Lausanne mit der Türkei) wurden keine formalen Trennungen mehr durch diese beiden größtenteils außereuropäischen Länder in der Einteilung zwischen Europa und Asien und damit der Begrenzung Europas, die ohnehin nur eine kartografische, keine politische mehr sein konnte, vorgenommen. Diese „raison politique“ verstärkte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in beiden Fällen: Es war nicht vorstellbar, die Sowjetunion mit einer Armee in Mitteleuropa aus Europa auszuscheiden, und es lag nach 1948 nicht im westlichen Interesse, die Türkei als außereuropäisch zu behandeln, da man sie zur Verteidigung Europas mit der militärischen Meerengenkontrolle in der „Containment“-Strategie gegen die sowjetrussische Expansionspolitik in Richtung Mittelmeer und Nahost mit dem Suezkanal brauchte. So wurde die Türkei als europäischer NATO-Staat eingereiht und zur europäischen Politik zugelassen.

In der NATO nimmt sie seither an allen Verhandlungen und Abkommen über europäische Sicherheit teil. 1975 zeichnete sie in Helsinki die Schlussakte der

KSZE und seither alle Nachfolgeabkommen. 1990 nahm sie in Paris an der Verabschiedung der KSZE-„Charta für ein Neues Europa“ und 1994 in Budapest an der Umbenennung der KSZE in OSZE und an der Verabschiedung eines „Gesamteuropäischen Sicherheitskonzepts für das 21. Jahrhundert“ teil (das seither Papier geblieben ist).

An der Mutual Balanced Force Reduction (MBFR)-Verhandlung von 1973 bis 1989 in Wien über „beiderseitige ausgewogene Truppenvermindierungen“ zwischen Staaten der NATO und des Warschauer Pakts nahm sie wie alle nicht in Mitteleuropa liegenden Beteiligten, die auch keine Landstreitkräfte in diesem Raum stationierten, als nicht unmittelbar betroffener Signatarstaat des Abschlusskommuniqués teil, danach von 1989 bis 1992 an dem in Wien verhandelten und in Paris unterzeichneten Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE). Der VKSE billigte wie die KSZE- und KVAE-Abkommen früherer Jahre über grenznahe vertrauensbildende Maßnahmen (CBM) gegen Überraschungsangriffe und militärische Truppenkonzentrationen und Manöver der Türkei einen außereuropäischen Sonderstatus an seiner Südgrenze gegenüber Syrien und an der ägäischen Küste der Levante zu.

Dennoch wurde die Türkei stets als Partner der europäischen Sicherheit behandelt. Die Geopolitik in der Ost-West-Konfrontation auf der Konfliktachse Moskau-Washington hatte und hat noch immer einen geografisch weiteren Rahmen als den europäischen Kontinent. Die Bündnis- und Sicherheitspolitik mit der (unvollkommenen) Rüstungskontrolle beruht auf den Beziehungen zwischen den beiden Bündnissen und stärkt so die Teilnahme der Türkei an der europäischen Sicherheit auch außerhalb der NATO. Damit ist nicht nur geopolitisch und strategisch, sondern auch sicherheitspolitisch und völkerrechtlich die Zugehörigkeit der Türkei zum weiteren gesamteuropäischen Sicherheitsraum zugleich unabhängig von ihrem Verhältnis zur EU und im Kern der militärstrategisch-politischen Bedingungen der europäischen Sicherheit auch nur soweit EU-relevant, als die EU mit ihrer GASP und ESVP in Europa als Sicherheitspartner übernational geschlossen auftritt (die neutralen EU-Mitglieder also

beteiligt sind) und nicht von der NATO entweder vertreten oder als Subunternehmer beteiligt wird, wie dies seit 1995 auf dem Balkan der Fall gewesen ist, bis die EU die Verantwortung für Mazedonien 2003 übernahm. Gerade Mazedonien ist aber für die ESVP ein idealer Fall für türkische Beteiligung, wenn man die Türkei als Verstärkung der EU betrachtet. Dies wiederum geschieht nur mit politischem Vorbehalt.

Die geografische Begrenzung Europas kann trotz der geopolitischen Gewichtsverlagerung zu Gunsten der Türkei (wie der unabhängig gewordenen ehemaligen Sowjetrepubliken in und am Rande Europas) aber nicht militärisch und sicherheitspolitisch bestimmt werden, denn die natürlichen geografischen Grenzen Europas haben sich seit 1918 oder 1991 nicht verändert. Die Türkei liegt nur zu etwa drei Prozent ihres Staatsgebietes auf europäischem Boden, und 1972 vor Beginn der europäischen Sicherheitsverhandlungen MBFR/ KSZE waren dort nur etwa 8 Prozent der türkischen Bevölkerung inklusive der des europäischen Teils von Istanbul angesiedelt. Der Bevölkerungsanteil hat sich in 30 Jahren nur im erweiterten Stadtgebiet von Istanbul und dessen Umgebung erheblich vergrößert (und ist sicherlich nicht über etwa 15 bis 20 Prozent der Gesamtbevölkerung der Türkei angestiegen). Europa reicht unverändert nicht über den Bosphorus und die Dardanellen hinaus. Kann die natürliche Außengrenze Europas sinnvoll weiter nach Süden und Südosten gezogen werden?

I.2.

Ethnografisch, dies verdeutlichen die Koexistenzprobleme in Europa selbst auf dem Balkan und im Kaukasus beiderseits der Außengrenzen der Russischen Föderation wie in der Türkei, im Nahen und Mittleren Osten zwischen Arabern und Israel, Arabern und Iranern, im „Weiteren Mittleren Osten“ von Pakistan über Zentralasien und die Türkei bis nach Marokko, um Arabien bis zum Horn von Afrika, entstehen Konflikte und Unsicherheitszonen aus politischen Trennungen und territorialen Überschneidungen über ethnische Siedlungsgrenzen hinweg wie im ehemals sowjetrussischen Zentralasien, aber auch aus Zusammenlegung und forcier-

ter Integration. Die Sowjetunion als Erbin des Zarenreichs, das Osmanische Reich bis 1918, die territorialen Kunstschöpfungen des British Empire, zu dessen Nachlass der Irak zählt, bieten Beispiele dafür wie im kleineren Maßstab Somalia oder Zypern.

Demokratische Prinzipien können, wenn sie sich wirklich auf die Völkerfreiheit durch nationale Selbstbestimmung gründen sollen, um wirksam zu werden, nicht von den ethno-territorialen Realitäten losgelöst werden. Seit 1988/91 sind darüber in Europa – die baltischen Sezessionskonflikte nicht mitgezählt – vier Kriege im Kaukasus und vier im ehemaligen Jugoslawien geführt worden; in Mazedonien ist ein Bürgerkrieg mit Mühe durch vorbeugende militärische Intervention (zunächst nur der USA) und fortgesetzte Sicherheitspräsenz seither verhindert worden. NATO und EU mussten im zerfallenen Jugoslawien gegen ihre ursprüngliche Absicht und im Widerspruch zu einer anderen Definition europäischer Sicherheitsinteressen wie europäischer Sicherheitspolitik aus der KSZE-Zeit vor 1994 einschreiten und sich seither engagieren, schon um die internationale Regie durch De-facto-Protectorate der UNO zu stützen. Das ethnografische Kriterium für vernünftige Außengrenzen der EU ist deshalb ebenso wenig zu vernachlässigen wie das kulturelle. Das zu Serbien gehörige, aber faktisch durch die NATO-Präsenz abgetrennte und formal autonome Kosovo bietet abermals ein blutiges Beispiel ethnisch-kultureller Feindschaft am Rande des Bürgerkrieges zwischen orthodox-christlichen Serben und den muslimischen Kosovo-Albanern nach dem Vorbild von 1998/99.

I.3.

Das kulturelle Kriterium ist schwerer zu definieren, es ist aber – wie alle Balkan- und Kaukasus-Kriege lehren – ein besonders konfliktträchtiges Spezifikum für Grenzziehung und Integration. Diese Kriege sind mehr Volkstumskriege als Bürgerkriege, denn das gemeinsame Gefühl der Kontrahenten, eine Nation zu bilden oder ein gemeinsames Land zu besitzen, war nie stark ausgebildet und ist in den Wirren seit den achtziger Jahren geschwunden; dies gilt für Ostslawonien und die Krajina Dalmatiens wie für

das Kosovo, die Herzegowina und Bosnien. Dies ist zwischen den südslawischen Völkern und Mischbevölkerungen in den vergangenen Jahren seit 1991 als Ursache für die Sezessionskriege mit der Forderung nach ethno-kulturell definierter „nationaler Unabhängigkeit“ wie in den Kriegsverbrechen der „ethnischen Säuberungen“ von Gebieten, die jeweils von einer Volksgruppe für Nationalstaatsbildung mit Gewalt okkupiert wurden, offenkundig geworden. Dies gilt auch für Zypern. Dort hat die Türkei seit 1974 versucht, in einem von der türkischen Armee annektierten und besetzten Gebietsteil einen türkischen Staat Nordzypern zu errichten und abzutrennen. Die gleiche allgemeine Ursache wirkt auch im staatlich weder vereinten noch ausgeprägten Kurdistan beiderseits der Grenzen zwischen der Türkei und dem Irak, aber auch in Syrien und im Iran. Diese Probleme bleiben der EU wie der NATO auch in Zukunft erhalten, und es handelt sich dabei jeweils auf der einen Seite auch um Probleme der Türkei.

Die religiöse Kultur hat sich nach Jahrzehnten im säkularisierten Westeuropa auf Seiten der arabischen und türkischen Einwanderer als Integrationshindernis und Konfliktursache mit der europäischen Bevölkerungsmehrheit, aber vor allem gegen die laizistischen Staats- und Gesellschaftsordnungen europäischer Länder und gegen deren innere Sicherheit und öffentliche Ordnung auszuwirken begonnen. Die in den westeuropäischen Einwanderungsländern konstatierte Zunahme von antisemitischen Äußerungen und Gewaltanschlägen gegen jüdische Einrichtungen ist nicht länger, wie noch vor wenigen Jahren, in der Masse einheimischen rechtsradikalen Elementen zuzuschreiben, sondern, wie auch eine EU-Studie festgehalten hat, vor allem jüngeren Arabern und allgemein Muslimen wegen des Palästina-Konflikts und der israelischen Besatzungspolitik. Darin verbinden sich das ethnische mit dem kulturell-religiösen Merkmal.

Das Fazit steht gegen die westliche demokratische Idee von der sozialen und nationalen Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen eines Landes in der gesicherten Freiheit bei allgemeinem Wohlstand, der sich aus freiem Schaffen aller ergibt. Abgesehen davon, dass das Europa der

EU nicht mehr mit der Eigenproduktion allgemeinen Wohlstands als Basis für seine politische supranationale Integration oder auch nur eine gesicherte friedliche und produktive Koexistenz seiner Bevölkerungen in den EU-Mitgliedsstaaten unter der wohlthätigen Herrschaft des freien Marktes und der Moderatorenwirkung der aus dem Bruttosozialprodukt ausreichend bedienten Sozialsysteme rechnen kann, ist aus der historischen Evidenz Europas die Gleichung „Freiheit=Wohlstand=Frieden“ nicht als dauerhafter, krisenfester Zustand der Gesellschaften und Staaten bewiesen.

Die Grundfrage, ob es sinnvoll ist, die Grenzen der EU auf die Türkei mit nahezu 70 Millionen Menschen und der mit Abstand höchsten Bevölkerungswachstumsrate unter den OECD-Ländern bei einem schweren ökonomischen Leistungsdefizit im Verhältnis zu den Bedürfnissen dieser Bevölkerung und dem notwendigen Wirtschaftswachstum auszuweiten, ist strategischer wie ökonomischer Natur. Aber sie hat eine kulturelle Seite: Die anatolische Familien- und Sippen-Kultur lässt sich nicht in Europa und nicht länger in der Türkei selber erhalten. Das Argument, dieser Wandel erlaube die Integration der Türkei in die EU und diese wiederum sichere und beschleunige den Wandel zu einem europäischen Land, vernachlässigt die Realität der Ungleichzeitigkeiten der Entwicklungen: Die Tendenz zur beschleunigten Destabilisierung wirkt sich schneller und stärker aus als die erst später einsetzende Stabilisierung in einer neuen Ordnung auf der entstehenden Basis der europäischen Modernität. Die Zeitspanne wird mehrere Jahrzehnte umfassen, und in dieser Übergangszeit könnte ein ökonomischer, sozialer und politischer, damit auch ein psychologischer Stabilitätsverlust in Europa wie in der Türkei selber eintreten, der nicht ohne Zwang und autoritäre Regulierungen zu kontrollieren wäre. Die kulturellen Unterschiede würden dabei als Unsicherheitsfaktor wirken, so wie sie dies im Ansatz schon heute tun. Dieses Risiko ist von der EU-Politik bisher noch nicht ins Kalkül gezogen worden.

I.4.

Strategisch vernünftige Außengrenzen sind solche, die mit politischer und ökonomischer Substanz unter

eigener Kontrolle des Territoriums ausgefüllt und damit von innen unterfüttert werden können, sodass sie als Abgrenzung des eigenen Rechtsraumes und Sicherheitsraumes Bestand haben, nach außen offene Beziehungen zulassen, begünstigen und sichern helfen, nach innen aber auch Sicherheit gegen Gefährdungen und Bedrohungen von außen bieten.

Solche Grenzen sind international dann als sicher anzusehen, wenn in ihnen die Jurisdiktion der Staatsautorität über das Territorium wirksam und im Krisenfall durchsetzungsfähig ist. Weder die UNO noch die WHO oder andere zwischenstaatliche Institutionen wie die NATO oder die OECD können diese Aufgaben erfüllen. Diese Wirkung, die innere und äußere Sicherheit erst möglich macht, ist mehr als Landesverteidigung nach außen und mehr als militärische Interventionsfähigkeit zur internationalen Krisenbeherrschung und Friedenssicherung als ausgreifende Vorwärtsverteidigung allein oder in einer etwa durch die Weltmacht Amerika geführten Koalition oder in einer Allianz beziehungsweise einer Staatengemeinschaft wie der EU. Sie ist die Basis der Handlungsfähigkeit.

Diese strategische Kernrealität entspricht auch der politischen Identität eines Staates oder eines Staatenverbunds. Das strategische Kriterium für eine vernünftige Außengrenzziehung der EU wird deshalb weder vom Argument der strategischen Schlüsselstellung der Türkei zwischen Europa und Asien noch von dem der geopolitischen Bedeutung der Türkei zwischen West und Ost für Amerika und die euro-atlantische Allianz abgedeckt. Noch weniger kann es vom Argument der militärischen Leistungsfähigkeit der Türkei allein bedient werden. Die Grundfrage in diesem strategischen Kernbezirk der Sicherheit Europas lautet: Würde die Türkei als EU-Mitglied ein Faktor der inneren Stabilität Europas und der politischen Strukturen der Union oder eher ein Faktor der Destabilisierung unter Krisenbedingungen und damit auch der Unsicherheit an den Außengrenzen zum Orient vom Kaukasus bis nach Mesopotamien und zur Levante sein?

Daraus ergibt sich eine Grundfrage strategisch-politischen Handelns: Hat die EU die politische Kohäsion und Energie, die Mittel und die Möglich-

keiten, ihr auf die Türkei ausgeweitetes Gebiet krisenfest zu machen und gegen Destabilisierungstendenzen und innere wie äußere Bedrohungen aus dem Orient zu beherrschen?

Größe eines unbeherrschten Raumes ist keine Stärke oder Sicherheitsmarge, sondern eine Schwäche und eine Unsicherheitsursache – man kann dies schon bei Montesquieu nachlesen, der die Frage stellte, warum „die großen Monarchien“ immer wieder nach Annäherung an ihre mächtigen Rivalen durch Gebietsausweitung strebten, statt sich Zwischenräume zur beiderseitigen Trennung auf Sicherheitsdistanz zu verschaffen und ihre Kräfte auf die Beherrschung ihres eigenen Raumes zu konzentrieren, was sicherer und billiger sein würde. Montesquieu schrieb dabei über Russen, Perser und Osmanen. Dies galt aber auch für die beiden großen italienischen See- und Handelsrepubliken Genua und Venedig, die von der türkischen Herrschaft über Konstantinopel vor vollkommen neue Sicherheitsprobleme gestellt wurden, die sie allein nicht bewältigen konnten. Dies gilt heute für Westeuropa im Verhältnis zum europäischen Osten, zur verbündeten Türkei und zum Orient.

Jede europäische Sicherheitspolitik und die dieser zugeordnete Strategie müssen auf dem Kern des Sicherheitsfundaments gründen und von diesem her konzeptionell entwickelt werden: von den Voraussetzungen für Zusammenhalt und Aktionseinheit der Union unter Krisenbedingungen im Innern, an ihren Grenzen, also im Osten und Süden auf ihrer exponierten Peripherie unter dem südlichen Krisenbogen des Weiteren Mittleren Ostens, und erst danach weiter ausgreifend bis zum Hindukusch und zum Horn von Afrika als Verbündeter Nordamerikas, als „strategischer Partner“ Indiens, Chinas und Japans, die von der neuen „Europäischen Sicherheitsstrategie“ (ESS) für die EU zur Anwendung der ESVP im „Solana-Dokument“ am Schluss genannt werden.

Es ist deshalb in diesem geopolitischen Kontext bemerkenswert, dass in diesem Dokument, das der ER nach den Außenministern als seine strategische Leitlinie für die ESVP indossiert hat, der Name Türkei nicht ein einziges Mal genannt und dass die

Position der Türkei nicht beschrieben oder auch nur erwähnt wird. Die diplomatischen Gründe dafür sind bekannt und nachvollziehbar, aber eben für die europäische Politik auch kritisch und deren Schwächen wie inneren Widersprüche entblößend: Es geht um Rücksicht auf einen Partner, den man nicht als strategischen bezeichnen darf, weil er die Vollmitgliedschaft in der EU begehrt, die man ihm noch nicht eingeräumt, wohl aber in Aussicht gestellt und in Berlin, Paris und London auch schon zugesichert hat, die man aber nicht in kurzer Frist verwirklichen kann, weil sie davon abhängt, ob der türkische Kandidat die gestellten Bedingungen im Laufe der Verhandlungen erfüllt oder ob diese Bedingungen aus anderen politischen Gründen abgeschwächt werden. Ankara hätte sich mit einer „strategischen“ oder „privilegierten Partnerschaft“ nicht abgefunden. Also ist jede politische Alternative zur Maximalforderung der Türkei, so zweckmäßig und so nützlich für die weitere Entwicklung der Zollunion und in Kooperation im NATO-Bündnisrahmen auch der ESVP sie sein könnte, ausgeschlossen. Man nennt eine solche Situation gewöhnlich eine Zwangslage ohne Ausweg.

II.

Die seit der Mitte der neunziger Jahre Konturen annehmende Zentralasienpolitik der USA in Konkurrenz zu Russland, China und zum Iran um die Erschließung der kaspischen Ressourcen mit der von Präsident Clinton geöffneten Perspektive für die Türkei als Hauptpartner Amerikas für Pipelines zum Öllexport aus dem Kaspischen Becken zum Mittelmeer über den türkischen Hafen Ceyhan an der Levante, wo auch die irakische Pipeline wieder Öl zuführen soll, bezeichnet einen amerikanisch-türkischen Interessenverbund auch über politische Differenzen, zugleich aber eine Anerkennung türkischer Interessen in Zentralasien wie im Irak und gegenüber Syrien wie dem Iran. Damit verstärkt sich der außereuropäische Schwerpunkt des amerikanischen Interesses an der Türkei außerhalb der NATO und der EU. In der Nachkriegspolitik der USA im Irak ist dies, selbst unter anhaltend kritischen Verhältnissen für die amerikanische Okkupation und das Befriedungsprogramm Washingtons

durch Überleitung der politischen Verantwortung an eine nationale irakische Autorität zwecks „Demokratisierung“ des Landes, schon erkennbar geworden: Die USA sind an einer Kooperation mit der Türkei im Irak und im Weiteren Mittleren Osten interessiert, auch wenn zwischen Ankara und Washington ebenso wenig eine prästabilisierte Harmonie herrscht wie zwischen Washington und Berlin oder Paris.

Dieses Interesse war schon vor Beginn des Irakkrieges deutlich, auch wenn die Türkei in Washington vornehmlich als eine nützliche Hilfskraft in der „coalition of the able and the willing“ (die Formel wurde unter der Präsidentschaft Clintons geprägt) gesehen wurde und weniger als ein selbstständig starker und eigenwilliger Partner. Aber die amerikanische Mittelostpolitik war und bleibt zu einem guten Teil auf die Türkei angewiesen, je mehr, desto unabhängiger die amerikanische Militärpräsenz und Machtentfaltung von den unsicher werdenden arabischen Klienten sein soll oder muss. Die von Präsident George W. Bush als Ziel über Bagdad hinaus angestrebte „strategische Lageveränderung im gesamten Mittleren Osten“ vom Golf bis zur Levante mit Israel, Palästina, Jordanien und Ägypten und dazu die Vision vom „Greater Middle East“, vom „Weiteren Mittleren Osten“ mit Nordafrika im Westen, also von Pakistan und Afghanistan über Zentralasien und den Nahen Osten bis nach Marokko wurden im Kontext des Krieges in Afghanistan und des Krieges gegen den Irak Saddam Husseins konzipiert. Der Krieg sollte ihnen einen kräftigen An Schub geben und natürlich das Golf-Öl wenigstens auf der arabischen Seite unter eine weiträumig abgestützte amerikanische Kontrolle zum Vorteil der Weltwirtschaft und der westlichen Interessen insgesamt bringen.

Dieses Ziel scheint auch trotz aller zeitweiligen Rückschläge der Koalition im besetzten Nachkriegs-Irak seit einem Jahr und trotz aller erkennbaren Hindernisse erreichbar, wenn die amerikanische Politik unbeirrbar bei der Sache bleibt und ihre Fehler korrigiert. Aber diese Zielsetzung ist unlösbar mit der Türkei als fester Position für die Präsenz der USA als externe Macht in der Region und Rückhalt auf der zentralen Operationslinie dieser amerikanischen „grand strategy“ verbunden: Auch dafür

wird die Türkei zum „strategischen Partner“ der USA – trotz der negativen Erfahrungen vor und zu Beginn des Irak-Krieges. Das türkische Bündnis wird in Washington wieder aufgewertet. Es gilt ohnehin noch immer der auf Ankara bezogene erste Teil von William Holbrooke's richtungsweisendem Leitsatz aus dem Jahre 1994: „Die Türkei ist einer der beiden strategischen Verbündeten der USA in Europa neben Deutschland – an allen drei Fronten der Konfrontation: Balkan, Kaukasus, Golf.“

Aber die Türkei war nie ein unbedingter Verbündeter Amerikas, sondern immer nur ein zuverlässiger NATO-Partner gegenüber der gefährlichen russischen Sowjetmacht, die ja die Türkei im Westen vor den Meerengen auf dem Balkan, auf breiter Front im Schwarzen Meer und im Osten am Kaukasus militärisch bedrohte wie vor ihr zweieinhalb Jahrhunderte lang das Zarenreich mit seinen Türkenkriegen das Osmanische Reich. Die moderne Türkei dient und dient heute dem atlantischen Bündnis zum eigenen Vorteil und auch zu eigenen Bedingungen, wenngleich Ankara diese in Washington nicht diktieren kann, sondern dafür amerikanische Unterstützung suchen muss, die nicht immer gewährt wird, wie der Streitfall Zypern seit 1963 lehrt. Auch in der Stützfunktion des von Washington gedeckten „Mittelostpakts“ (der 1979 nach der schiitischen Revolution im Iran zerfiel) war die Türkei ein nützlicher Verbündeter amerikanischer Politik.

Doch in regionalen Krisen und Konflikten, wenn es nicht um gemeinsame Verteidigung ging, bewahrte sich Ankara immer Handlungsfreiheit für seine eigene Interessenpolitik mit und gegenüber seinen Nachbarn, 1973 im vierten Nahostkrieg zwischen der Arabischen Koalition und Israel sogar auf Kosten der USA, als es den Überflug für US-Lufttransporte zur logistischen Unterstützung Israels verweigerte, 1990/91 im zweiten Golfkrieg, als Ankara auf Druck der türkischen Generalität zu aktive militärische Mitwirkung an der US-geführten internationalen Koalition gegen den Irak zur Befreiung Kuwaits verweigerte und nur die Benutzung der NATO-Basen durch die USA für Luftangriffe gegen den Irak zuließ, wieder 2002/03 zu Beginn des dritten Golfkrieges mit der Verweigerung des Durchzugsrechts für ein US-Korps zum offensiven Aufmarsch mit

einer Nordfront, einer Weigerung, die die USA im kritischen Moment etwa 25 Prozent ihres geplanten Kräfteansatzes für die Operation „Irakische Freiheit“ und wertvolle Zeit kostete. Solche Verweigerungen werden auch künftig bei Gelegenheit je nach der Interessenlage Ankaras und den Umständen möglich sein: Die Türkei wird immer ihre eigenen Interessen in der Region verfolgen und ihre eigene Strategie zur Durchsetzung ihrer politischen oder ökonomischen Ziele haben. In diesem Sinne wird sie außerhalb der NATO eher freier Koalitionspartner als fester Verbündeter der USA oder Europas sein. Es ist unwahrscheinlich, dass Ankara sich in der EU fester binden lassen wird als bilateral durch und an die USA. Was gegenüber der Weltmacht Amerika gilt, wird a fortiori gegenüber Europa gelten.

Die regionalen Verbindungen bestimmen die türkische Außenpolitik ebenso wie die europäische und atlantische Orientierung, selbst als „westlicher Vorposten im Orient“ neben Israel, was die politisch halb-europäische Türkei als NATO-Partner ohne Zweifel ja auch ist. In dieser Hypothese wird die geopolitisch-strategische Bedeutung einer Aufnahme der Türkei als Vollmitglied in die EU aber auch als historische Zäsur im Verhältnis zur Vergangenheit Europas deutlich: In der damit unlöslich verbundenen Fragestellung nach der Vereinbarkeit des muslimischen Charakters einer Bevölkerung in einem großen, nur zu etwa einem Zehntel seines Staatsgebietes in Europa liegenden Land in Kleinasien, das dazu noch immer zu einem Großteil orientalisches geprägt und nicht von europäischer Kultur, sondern nur von international-westlicher Modernität ist, liegt die politische Identitätsfrage Europas.

Diese Frage wird für die EU nicht offen gestellt, obwohl seit zehn Jahren die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungs-Identität“ als ein Ziel der Integrationspolitik gegenüber den USA proklamiert wird. Die relevante Frage lautet dann: Kann eine solche künstliche militärpolitische Identität anders als auf dem Fundament einer natürlichen politisch-kulturellen Identität Europas gefunden und genutzt werden? Oder kann sie vorläufig eine solche tiefere und umfassendere Identität durch eine dominante Sicherheits- und Verteidigungs-Funktion

ersetzen?

Diese zweite Frage führt zurück auf die NATO und das türkisch-amerikanische Verhältnis, auf den Nutzen der Türkei für die Politik der USA im Orient. Wird die Türkei daneben in diesem geopolitisch-strategischen Sinn „europafähig“ sein? Wird sie also zu der angestrebten „strategischen Autonomie im Bündnis mit Amerika“, wie eine Brüsseler Formel lautet, beitragen können und wollen? Hängt dies vom Grad der Einheit und Stärke der EU ab oder mehr von den türkischen Interessen an der EU und im Mittleren Osten oder in Zentralasien? Wo liegen jenseits von Handel und Wandel auf dem Gemeinsamen Markt der EU die türkischen Prioritäten im Verhältnis zu Europa?

Die türkische Politik muss in einem weiteren, die EU umfassenden geopolitisch-strategischen Koordinatensystem konzipiert werden und operieren, um Erfolg zu haben, denn die Nachbarn im arabischen Süden, im osteuropäisch-russischen Norden und im iranisch-zentralasiatischen Osten sind nicht weniger wichtig für die Sicherheit und die politische Handlungsfreiheit der Türkei als das Europa der EU – auch wenn der EU-Beitritt die höchste Priorität als politisches Ziel Ankaras hat; diese Nachbarn aber sind potenziell gefährlicher, in ihrer eigenen Entwicklung und Politik riskanter, im Innern instabiler, und sie können auch wieder militärisch oder terroristisch bedrohlicher für die Türkei werden. Russland bleibt eine schwer berechenbare Größe. Der Iran und der Irak sind größere Gewichte als Italien und Griechenland oder der gesamte Balkan.

Die weitere Entwicklung des Irak mit der quasi-souveränen Autonomie der irakischen Kurden im Norden und einer irgendwie indirekt mit dem Iran verbundenen schiitischen Mehrheit im Süden bis in das Zentrum hinein ist in Wahrheit für die Entwicklung der Türkei kritischer als die europäische Verfassung oder insgesamt die EU-Politik. Auch wenn ein Bürgerkrieg im Irak vermieden werden kann, wie es in der schweren Terror-Krise der Nachkriegszeit 2003/04 scheint, und das irakische Nationalgefühl am Ende die Separatismen und Partikularismen, insbesondere zwischen Schiiten und Sunniten und zwischen den Kurden und den Arabern überwiegt,

darum auch mit Integrationskraft bindet, was sehr wohl möglich ist, weil ein irakischer Nationalismus existiert und sich im Widerstand gegen die fremden Besatzungsmächte der angloamerikanischen Koalition stärken kann, wird der Irak ein prekäres und labiles Staatsgebilde bleiben, jedenfalls noch für längere Zeit.

Mit einer Sezession der Kurden ist im Falle einer andauernden Staatskrise und eines Streits über das Erdöl von Mossul und Kirkuk oder einer Majorisierung der Kurden in der Zentralregierung zu Bagdad auch auf längere Sicht als einer unkalkulierbaren Eventualität zu rechnen, auf die man sich in Ankara kaum vorbereiten kann – es sei denn durch eine türkische Truppenpräsenz auf der irakischen Seite der Grenze und die grenznahe Bereitstellung eines starken und mobilen Interventionskorps, um im Notfall das Erdölgebiet von Mossul und Kirkuk als politisches Pfand zu besetzen und eine kurdische Unabhängigkeit beiderseits der Grenze mit militärischer Gewalt zu verhindern. Auch diese Option, die seit 1990 in Ankara erwogen und in Operationsplänen des Generalstabs durchgespielt wurde, ist hochriskant und könnte kontraproduktiv gegen die türkischen Interessen wie gegen die territoriale Integrität der Türkei in Südostanatolien wirken.

Auch deswegen scheute Ankara 2002/03 ebenso wie 1990/91 vor dem Krieg zurück und forderte als Preis für aktive Unterstützung einer amerikanischen Intervention im Irak eine türkische Sicherheitszone im Norden mit Mossul und Kirkuk. Das Zögern und Hin- und Herschwanken von Regierung und Generalstab der Türkei vom Herbst 2002 bis zum Beginn des Krieges im März 2003 gegenüber den amerikanischen Plänen, Forderungen und Angeboten (am Ende über 24 Mrd. US-Dollar in verschiedenen Arten der finanziellen Kompensation), die Konfusion in der großen, aber noch nicht organisierten Regierungspartei Erdogans im Parlament, die Volksstimmung gegen den der türkischen Bevölkerung nicht als notwendig oder nützlich erklärten Krieg der Amerikaner gegen den Irak, das Scheitern der Verhandlungen mit Washington und der entgangene Kriegsgewinn für Ankara mit der zeitweiligen Belastung des Verhältnisses zu Amerika bei Applaus in Europa für die türkische Verweigerung (Applaus

von der falschen Seite für die türkische Politik) waren Ausdruck eines tief gehenden Zielkonflikts der türkischen Außenpolitik zwischen den USA, dem Kurdenproblem und dem Irak.

Umgekehrt sind die Ablehnung türkischer Militärpräsenz im Nordirak durch die Kurden, die ohnehin schon etwa 10 000 türkische Soldaten auf ihrer Seite der Grenze hinnehmen müssen, und das kurdische Interesse an US-Truppen im Nord-Irak Ausdruck des fortdauernden kurdisch-türkischen Gegensatzes, der ein historischer ist, und des Misstrauens gegenüber irakischen Arabern, zumal Zehntausende von Saddam Hussein in Mossul und Kirkuk eingepflanzt worden waren, um dort die Mehrheitsverhältnisse zu verändern. Insgesamt hätte die Türkei, wie hohe türkische Offiziere im Generalstab zu Ankara und Beamte im Außenministerium 2002/03 offen sagten, besser mit der Diktatur Saddams Hussein in Bagdad leben können als ohne sie. Auch die Aussicht auf eine „Demokratisierung des Irak“ und dessen Umwandlung in einen föderativen Staat mit weit reichender regionaler Autonomie – das amerikanische Programm – ist für die Türkei kein Ausblick auf einen paradiesischen Orient an ihren Grenzen.

Der kleine Nahe Osten im Süden der Türkei mit Syrien und dem Libanon, Israel, dem noch nicht unabhängigen und gefestigten Palästina mit einem Leopardfell jüdischer Wehrsiedlungen auf dem künftigen Staatsgebiet und israelischen Militärposten mit Militärstraßen durch dieses Gebiet sowie mit Jordanien ist ein Operationsfeld der türkischen Handels- und Außenpolitik, wenngleich wegen der Kriegslage und den politischen Verhältnissen vorderhand nur ein sekundäres und marginales. Aber so wie die Türkei im Falle der Verwirklichung des 1999 ausgerufenen „Stabilitätsplanes für Südosteuropa“, an dem sie beteiligt ist, im Donauraum wirtschaftlich aktiv werden und politischen Einfluss suchen wird, ist dies auch im Falle der Verwirklichung der 2004 ausgerufenen amerikanischen und deutschen Pläne für eine „Stabilisierung des Weiteren Mittleren Ostens“ zu erwarten. Der eine wie der andere geopolitische Raum ist unmittelbare Nachbarschaft für die Türkei wie das Kaukasusgebiet. Die Interessen der Türkei sind dort zugleich unmittelbare

Sicherheitsbedürfnisse, wirtschaftliches Eindringen und politische Einflussnahme; es handelt sich nicht um prädestinierte „europäische“ Interessen, die etwa in Brüssel definiert werden könnten. Eine EU-Politik kann dort nicht statt der nationalen türkischen als GASP-Monopol-Regie etabliert werden; dies um so weniger, als die nordeuropäischen und westeuropäischen EU-Mitglieder politisch wahrscheinlich schon aus Eigennutz auf Distanz bleiben und sich nicht mit türkischen Interessen identifizieren werden (so wie sie dies bisher auch weder im Zypern- noch im Ägäis-Konflikt mit Griechenland getan haben).

Dies gilt auch für die Beziehungen beider Seiten, der Türkei und des EU-Europa, zu den arabischen Ländern und insbesondere zum afro-arabischen Ägypten und zum Maghreb. Auch Ägypten und Libyen haben für die Türkei eine weitaus größere Bedeutung als für den größeren Teil Europas, wobei in Südeuropa naturgemäß das Interesse an diesen Ländern sicherheitspolitisch stärker und deutlicher erkennbar ist als etwa in Skandinavien, im Baltikum oder im östlichen Mitteleuropa. Das Unsicherheitsmoment des Maghreb für Südeuropa ist in den letzten Jahren immer wieder in Form von Terroranschlägen, illegaler Immigration, Drogen- und Waffenhandel, organisierter Großkriminalität oder Schmuggel und Menschenhandel in Erscheinung getreten.

Die maghrebische Einwanderung stellt Spanien, Frankreich und Italien vor bisher unbewältigte innere Sicherheits- und Integrationsprobleme, die natürlich mit dem Islam und der orientalischen Kultur (in der Waffen und Gewalt sowie Sippe und Familie samt Familienehre bis zur Erbfehde eine unvergleichlich größere Rolle spielen) zusammenhängen. Die politisch-psychologische Präjudizwirkung einer Aufnahme der Türkei in die EU kann unter diesem Aspekt, der von der Außen- und Sicherheitspolitik nicht zu trennen ist, nur negativ sein, denn ein gutes Beispiel wird die Türkei erst nach längerer Bewährungszeit der Koexistenz in der EU (die ja nicht mit Europa identisch, sondern bisher nur partiell deckungsgleich als Regelwerk in einem Rechtsraum ist) geben können. Bis dahin werden die Beziehungen zwischen den Bevölkerungen aller europäischen Erfahrung nach gespannt bleiben und

sich eher krisenhaft verändern als integrativ.

Aber für die Türkei selber ist der Maghreb (Nordafrika westlich von Libyen) von geringer Bedeutung. Die Mittelmeerpolitik der EU und die EU-Politik im Nahen Osten, die bisher wegen des Palästina-Konflikts zwar materiell konstruktiv und finanziell eine wertvolle Unterstützung der Autonomiebehörde (über diese aber auch der PLO und der persönlichen Bereicherung Arafats und seiner Getreuen), auch diplomatisch aktiv, jedoch ohne politischen Impact auf den Konflikt und die Kontrahenten ist, sind zwar in den beiden Kooperationsrahmen „Casablanca-Prozess“ und „Barcelona-Prozess“ über die arabischen Länder und Israel miteinander verbunden, sodass ein türkisches Interesse an den europäischen Vorrangzielen und der Mittelverteilung besteht. Doch der europäische Einfluss etwa auf die türkische Staudamm- und Entwicklungspolitik im eigenen Land in Südanatolien mit dessen Auswirkungen auf die Wasserversorgung der Region oder auf die türkisch-israelische militärtechnische und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit ist gleich Null.

Für die Türkei ist das westliche Mittelmeer schon seit hundert Jahren – seit der Endzeit des Osmanischen Reiches vor dem Ersten Weltkrieg – ein fernes Ausland jenseits der Kerninteressen an Europa. Ägypten und Libyen haben für Ankara eine größere Bedeutung als der größere Teil EU-Europas: Da beide Länder außenpolitisch keine engen Beziehungen zu Europa unterhalten, Ägypten seit dem Ende des dritten Nahostkrieges 1973 von einem Klienten Moskaus zu einem Klienten Washingtons geworden ist, 1978/79 mit Israel Frieden schloss und damit aus der arabisch-israelischen Konfrontation seit 30 Jahren praktisch ausgeschieden, wenngleich politisch nicht neutral ist, Libyen schließlich 2003 seine geheimen und völkerrechtswidrigen ABC-Rüstungen aufgab und offenlegte und damit die Voraussetzung für eine Entspannung des Verhältnisses zu Washington geschaffen hat, besteht bestenfalls eine Balance des Einflusses der USA und der EU-Staaten in beiden Ländern. Zudem stellt Großbritannien sich gewöhnlich auf die amerikanische Seite, legt also das britische Gewicht nicht systematisch auf die europäische Waagschale gegenüber

dem amerikanischen (unabhängig davon, wer seit den sechziger Jahren jeweils in London regiert hat). Dies war 2002/03 auch in den Geheimverhandlungen mit Tripolis so, die zu der Revision der Politik Gaddafis führte. Für Ankara liegt darin eine Bestätigung seiner eigenen Politik unabhängig von europäischen Partnern im Blick auf Washington.

Amerika füllt den internationalen Horizont Ankaras in allen weltpolitischen Fragen wie in allen Sicherheitsfragen, Europa ist im Wesentlichen für die Türkei (wie für Israel) eine ökonomische Größe, deren spezifisches Gewicht im integrierten Binnenmarkt und in den Hilfsfonds der EU liegt. Alles andere ist bisher politische Literatur. Dies mag sich künftig ändern, doch ist dies weder sicher oder auch nur wahrscheinlich noch würde die Türkei je ein unbedingter politischer Integrationspartner in der EU sein: Zu einem „Kerneuropa“ würde sie nicht zählen können und wollen. Dagegen sind die ehrgeizigen Ziele in Ankara, die Türkei wieder zu einer europäischen Großmacht etwa im Maßstab Großbritanniens, Frankreichs oder Deutschlands, also im globalen Maßstab zu einer regionalen Mittelmacht internationalen Einflusses, aber in Europa selber zu einer Schlüssel- und Flügelmacht mit eigenen sicherheitspolitischen Beziehungen zu den USA und zu Russland zu machen, unübersehbar. Wie realistisch eine solche Politik in naher Zukunft ist, steht dahin. Aber gerade dieses Ziel einer europäischen Randmachtstellung in der EU, von der dreieckigen Pfeilerposition an der Flanke zwischen Südosteuropa, dem Orient und Russland jenseits des Schwarzen Meeres her bestimmt, ist Funktion der türkischen Regionalmachtstellung im Mittleren Osten und der geografischen Lage zwischen Europa, Kaukasus und Golf.

Viele Aussagen zu diesem Thema weisen in diese Richtung: Im Weltbild Ankaras, wo es an Selbstbewusstsein und auch an Illusionen über die Möglichkeiten des eigenen Landes nicht fehlt, erscheint – mit oder ohne EU-Mitgliedschaft – die Vision einer Erneuerung der Machtstellung, die einst das Osmanische Reich auch nach den Gebietsverlusten in den Kriegen des 18. und 19. Jahrhunderts noch eingenommen hatte, unter fundamental gewandelten Bedingungen in der reduzierten Dimension nach der

Niederlage am Ende des Ersten Weltkrieges und in der von Kemal wiedergewonnenen territorialen anatolischen Einheit der Türkei in souveräner Unabhängigkeit, befreit vom Diktat der Sieger über die Aufteilung.

Die Öffnung des europäischen Ostens mit dem Ende der Sowjetmacht (mit der man kraft des Kemal-Stalin-Paktes über die gemeinsame Kaukasusgrenze und die Nichteinmischung von 1920 bis 1940 in relativ gutem Einvernehmen die Abwehr der „imperialistischen Mächte“ im eigenen Interesse gegenseitig stärkte) 1991 nach einem halben Jahrhundert Konfrontation hat der Türkei ein weites Feld eigener Initiativen im Osten verschafft, das sie noch bei weitem nicht genutzt hat. Ob dies mit einer islamischen Partei an der Regierung besser genutzt werden könnte, ist eine offene Frage. Aber das Einflusspotenzial soll zum türkischen Vorteil genutzt werden, wobei die türkischen Billigwaren einfacher Qualität die materielle Brücke bauen könnten.

Im Europa der EU sucht Ankara die Anerkennung als „großes europäisches Land“, das europäische Qualitätszertifikat internationaler Satisfaktionsfähigkeit: die Aufnahme in eine Gemeinschaft der Nationen mit gemeinsamen politischen Werten und einem möglichst nicht zu dichten und verpflichtenden Regelwerk, das der Türkei möglichst viel Freiheit zur Selbstbestimmung und Handlungsfreiheit nach außen lässt – auf der Basis des Zugangs zur EU-Wirtschaft und der Teilnahme an den politischen Konsultationen zwischen den europäischen Regierungen zur gemeinsamen Beschlussfassung, in der die Gleichwertigkeit, die Ebenbürtigkeit der Türkei mit den großen Ländern Europas dargestellt werden kann. Dies bedeutete ipso facto auch eine politische Vorrangstellung gegenüber all den Balkanländern, die sich vom Osmanischen Reich lösten.

Außer Zypern und Griechenland, die seit Jahrzehnten das Konfliktfeld im östlichen Mittelmeer bilden, sowie Malta sind es vor allem Bulgarien, Rumänien, die Ukraine, Moldau und die kaukasischen Länder, die Problemfelder der türkischen Außenbeziehungen mit Risiken und Chancen – die Letzteren vor allem für türkische Ausfuhren und Kapitalinvestition – bezeichnen, in denen die türki-

sche Außenpolitik wie auf dem Westbalkan aktiv sein muss. Solange diese südosteuropäischen Länder nicht der EU angehören, aber in der Sicherheits-Sphäre der NATO liegen, was für Bulgarien und Rumänien, die zur Jahresmitte zusammen mit Slowenien und der Slowakei NATO-Mitglieder werden, schon seit dem Kosovo-Krieg 1999 (in dem sie unterschiedlich die NATO-Luftkriegsführung erleichterten und an der Isolierung Serbiens mitwirkten) gegeben ist wie für Albanien, Mazedonien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und das Kosovo, braucht die Türkei die Vorteile aus einer EU-Mitgliedschaft zur Einwirkung auf die GASP und ESVP der EU nicht wirklich, um ihren Einfluss in diesen Ländern zum Tragen zu bringen. Soweit solcher politisch ausgeübt werden kann, genügen die NATO und die geopolitische Lage zu Gunsten der Türkei als Voraussetzungen für eine aktive türkische Interessenwahrung. Dasselbe gilt auch für die Einwirkung auf Ungarn und Polen.

Im Verhältnis zu Südosteuropa wie auch zur Ukraine und zu Russland kommt das nationale Prestigebedürfnis der Türkei in Relation zur EU-Beitrittsfrage besonders stark zum Ausdruck; ihm entspricht das Prestigebedürfnis der türkischen Politiker, die auf Europa und damit auf den EU-Beitritt gesetzt haben, im eigenen Land, vor der Wählerschaft, gegenüber dem prowestlichen Militär und den türkischen Unternehmern, die von Anfang an den Beitritt zur EG/EU betrieben haben, um das Land zu öffnen und die bürokratische Staatswirtschaft mit dem amtlichen Dirigismus durch die Wirkung des europäischen Marktes beseitigt zu sehen.

III.

Die strategische Kernrealität liegt für die Türkei wie für die europäischen Länder in der inneren Stabilität und in der Wechselbeziehung von äußerer und innerer Sicherheit, die sich bei weitgehend offenen Grenzen und einem expandierenden Verkehr nicht mehr voneinander trennen, noch weniger abschotten lassen. Europa macht diese Erfahrung unter der Bedrohung durch den von außen eindringenden transnationalen Terrorismus, dessen Basis legale und

illegale Einwanderung mit der Bildung eines homogenen kongenialen Milieus ist, in dem Attentäter, Organisatoren, Financiers und Logistiker von Untergrundnetzwerken eine legale Existenz mit legitimen geschäftlichen Aktivitäten, Studien, Familiennachzug, reger Reisetätigkeit und selbst politischer Propaganda finden. Die Vorbereitungen der Anschläge gegen Amerika vom 11. September 2001 und des Anschlags auf Spanien in Madrid vom 11. März 2004, die von langer Hand aus dem Orient, aber auch in Deutschland, Spanien und Großbritannien geführt wurden, geben Beispiele des Sicherheitsproblems, das ein weiteres als das der militärischen Landes- und Bündnisverteidigung und ein auch mit Neutralität und internationaler Passivität nicht lösbares ist. Die Türkei hat diese Erfahrung im November 2003 in den Anschlägen in Istanbul gemacht: Nicht-Engagement oder Begrenzung der Mitwirkung geben keine Sicherheitsgarantie gegen Terror. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass im türkischen Fall die Täter und ihre Unterstützung einheimisch waren beziehungsweise sind. Aber der Kontext ist international, orientalistisch und islamisch. Insofern ist die Komplexität dieses Terrors gerade in Istanbul wie später in Madrid erkennbar geworden, obwohl die Ambivalenz bestehen bleibt.

Die Antworten auf die strategische Kernfrage der Sicherheit – der eigenen nationalen wie der gemeinsamen europäischen und der euro-atlantischen mit Amerika – müssen strategisch angelegt sein: Taktische, theoretische und ideologische Antworten (wie „Entwicklung allein kann langfristig den Terror beenden“) reichen für wirksame Erwidern nicht aus. Die Grundfrage im Verhältnis zur Türkei lautet: Würde die Türkei als EU-Mitglied ein Faktor der inneren Stabilität Europas und der politischen Strukturen der Union, ein zusätzlicher Motor der institutionellen Reform der EU als Organisation, eine Stärkung der internationalen Handlungsfähigkeit und der Krisenreaktionsfähigkeit der EU als Ganzes sein, oder eher ein Unsicherheitsfaktor der Destabilisierung unter Krisenbedingungen und damit auch der europäischen Außengrenzen im Süden und Südosten zum Orient? Der Hinweis auf die strategische Schlüsselstellung der Türkei zwischen Europa und Asien und auf die geopolitische Bedeutung der

Türkei als ein strategischer Partner Amerikas und Europas zwischen West und Ost reicht zur Beantwortung ebenso wenig aus wie das Argument, die militärischen Fähigkeiten der Türkei würden der ESVP zugute kommen. In dieser Hinsicht wird die Türkei in der NATO und von der NATO am besten genutzt, auch in flexibler, den türkischen Verhältnissen und Bedürfnissen am ehesten entsprechender Weise. Dies gilt insbesondere auch im Verhältnis zu den USA. Diese Argumentation kann deshalb für eine schlüssige Begründung der Aufnahme der Türkei unter sicherheitspolitisch-strategischen und militärischen Aspekten nicht ausreichen, denn alle Vorteile sind im atlantischen Bündnis ausreichend nutzbar und gesichert. Für die EU müsste von der Türkei in diesem Bereich ein Plus zu leisten sein, und dieses müsste zugleich nützlich und zuverlässig zu europäischen wie zu türkischen Bedingungen erbracht werden können. Mit der strategischen Passivnutzung der Türkei durch Europa ist es nicht getan.

Daraus ergibt sich die schon in I.4. formulierte Grundfrage strategisch-politischen Handelns: Hat die EU die Kohäsion, die politische Konsistenz und die politische Energie, ein auf die Türkei ausgeweitetes Unionsgebiet krisenfest zu machen und gegen Destabilisierungstendenzen, innere und äußere Bedrohungen aus dem Orient zu beherrschen? Die Geschichte lehrt, dass Größe eines von innen nicht beherrschten Raumes keine Stärke oder Sicherheitsmarge bietet, sondern bestenfalls macht-neutral, zumeist aber eher eine Schwäche und ein Unsicherheitsfaktor für die Landesverteidigung und die Grenzsicherheit ist.

Russland etwa hat seit dem Verlust der UdSSR-Außengrenzen in Asien Ende 1991 durch die Unabhängigkeit der zentralasiatischen Sowjetrepubliken etwa 6000 Kilometer längere Außengrenzen zwischen China und dem südwest-zentralasiatischen Orient bis zum Kaukasus. Diese neue Lage hat in der russischen Staats- und Militärstruktur erhebliche Veränderungen bewirkt und neue Sicherheitsbedürfnisse geschaffen, was in den neuen Militärdoktrin-Entwürfen seit 1993 dargestellt wurde, aber weder organisatorisch noch militärisch bewältigt ist.

Man kann über die Frage der durch Eroberung

oder Erweiterung eingehandelten zusätzlichen Unsicherheit wie gesagt schon bei Montesquieu nachlesen, der die Frage stellt, warum „die großen Monarchien“ immer wieder nach territorialer Annäherung an ihre mächtigen Rivalen durch Gebietsausweitung streben, statt sich territoriale Sicherheitsmargen als Pufferzonen zu lassen, sich gegenseitig auf sichere Distanz zu halten (eine sicherlich zu idealistische Frage) und ihre Kräfte auf die Beherrschung ihres eigenen Gebietes zu konzentrieren, was billiger und sicherer wäre. Montesquieu schrieb dabei über Russen, Perser und Osmanen. Aber dies gilt abgewandelt auch für die EU.

Tatsächlich ist die EU für eine militärische Krisenreaktion in Südosteuropa, vor allem im Schwarzmeer-Raum und im Kaukasus wie im Nahen und Mittleren Osten mehr auf die Türkei angewiesen als umgekehrt. Auch insofern hat die Türkei eine Schlüsselposition wie Italien auf der südlichen Peripherie Europas.

Die europäische Sicherheitspolitik und die zugehörige Strategie müssen auf dem Sicherheitsfundament konzeptionell entwickelt und organisiert werden, um insbesondere in Krisen und Konflikten militärisch wie diplomatisch zielgerichtet wirksam operieren zu können. Dies bedeutet für eine operationsfähige Strategie europäischer Sicherheit und beweglicher Vorwärtsverteidigung mit Expeditionskorps und anderen Interventionskräften, dass sie stets von den inneren Voraussetzungen für Zusammenhalt und Aktionseinheit der Union ausgehen und handlungsfähig an ihren Außengrenzen sein muss, um die Union zu schützen. Die Strategie für die ESVP muss deshalb vor allem unter Krisenbedingungen, etwa durch größere Terrorakte, also im Südosten und Süden auf ihrer exponierten Peripherie unter dem südlichen Krisenbogen des Orients vom Kaukasus über die Türkei und den im Nahen Osten bis zum Golf und in Nordafrika krisenfest und aktionsfähig sein, bevor sie in den Raum „Greater Middle East“, den Weiteren Mittleren Osten in Zentralasien und Südwestasien ausgreift bis zum Hindukusch, an dem Europa natürlich auch verteidigt werden muss, als weit vorgeschobene bewegliche Vorwärtsverteidigung, wie am Horn von Afrika als Verbündeter Amerikas, bestimmt aber nicht allein

in einsamer Größe.

Erst dann kann die EU auch im Sinne des „Solana-Papiers“ der ESS, das diese weltweite Vision geöffnet und im ER zur Akzeptanz gebracht hat, als „strategischer Partner“ (wie es dort heißt) Indiens, Chinas, Japans und Kanadas handeln. Diese Aufzählung ist interessant und stellt die Ambition vor.

Aber ist sie auch relevant und realistisch? Es ist in diesem globalen geopolitischen Kontext wie gesagt bemerkenswert, dass in diesem zentralen Dokument die Türkei nicht ein einziges Mal genannt, dass die strategische Position der Türkei nicht beschrieben oder auch nur erwähnt wird, obwohl dem internationalen Militärischen Stab der EU-Staaten in Brüssel bei der Erarbeitung des Datenkranzes für eine Anwendung der ESVP zur militärischen Krisenreaktion aufgefallen ist, dass etwa 135 von den ausgewählten rund 150 Detail-Daten in der Türkei, in ihrem Umfeld oder Einzugsbereich zu finden sind. Diese Unterlassung hat eben mit der Rücksicht auf einen für die ESVP an oder jenseits der südlich-südöstlichen Peripherie Europas unverzichtbaren Partner zu tun, den man in diesem Kontext in einem politischen Dokument der EU-Außenminister und im Beschlussdokument des ER nicht nennen darf, weil er die Vollmitgliedschaft in der EU begehrt, die man ihm zwar in Berlin, Paris und London in Aussicht gestellt hat, die man ihm aber noch nicht einräumen kann, weil sie erst noch ausgehandelt werden muss und weil es dann darauf ankommt, ob der Kandidat Türkei die gestellten Bedingungen erfüllen kann und erfüllen will, oder ob diese von der EU abgeschwächt, vielleicht sogar aufgegeben werden müssen, um das Versprechen von drei Regierungen zu halten.

Die Türkei hätte sich aber mit einer „strategischen Partnerschaft“ oder mit einer „privilegierten“ nicht zufrieden gegeben, und so ist jede politische Alternative zur Maximalforderung Ankaras, so zweckmäßig sie heute auch wäre und so nützlich sie im Laufe der Verhandlungen werden könnte, zunächst ausgeschlossen. In dieser Blockierung der Politik auf beiden Seiten trotz angedeuteter Öffnungen wird die Schwäche der EU-Position erkennbar, die in der Ablehnung einer partnerschaftlichen Teilnahme der

Türkei an den politischen Entscheidungen im europäischen Kreise über die Anwendung der ESVP und der türkischen Beteiligung an den militärischen Planungen von Anfang an sowie der Besetzung von einigen Stabsstellen durch türkische Offiziere zum Ausdruck kam, nur weil man sich in der EU vor allem auf früheres griechisches Drängen hin entschieden hat, der Türkei keine besonderen Rechte vor einer Übereinkunft über ihre Aufnahme in die EU einzuräumen. Man kann diese Abwehrhaltung verstehen und sogar billigen. Aber sie ist unzumutbar für die krisengerechte und im Krisenfall rechtzeitige Anwendung der ESVP im europäischen Interesse. Man hat auch das mühselig zwischen der Westeuropäischen Union und dem NATO-Partner Türkei seinerzeit ausgehandelte Kooperationsabkommen nicht übernommen, um kein Präjudiz zu schaffen. Solche Situationen nennt man gewöhnlich eine Zwangslage in einer selbst gestellten Falle ohne Ausweg.

Auf einer solchen Basis würde kein gut geführter Konzern seine Geschäftsstrategie festlegen, keine unabhängige und handlungsfähige Regierung ohne Not ihre Außenpolitik, kein Generalstab seine militärstrategischen oder operativen Planungen für vorhersehbare Konfliktfälle. Schon aus diesem Grunde ist es eigentlich nicht zulässig, von dem Solana-Dokument als von einem „Strategie-Papier“ zu sprechen was die mögliche strategische Nutzung der Türkei als Partner der EU für europäische Sicherheit angeht. Aber natürlich steht die Türkei nicht im Zentrum der Überlegungen der Solana-Gruppe oder des ER, sondern eher am Rande. Dies ist ein Manko der politischen Konzeption und ein Defizit des strategischen Denkens, das von diesem Dokument vorgetragen und von dem diese Konzeption getragen wird. Doch soll dieser Punkt der Kritik den Kern der Konzeption nicht treffen, diesen Strategie-Entwurf nicht abwerten, sondern nur geostrategisch und militärisch relativieren, das heißt auf seinen Realitätsgehalt und auf die Relevanz als strategische Leitlinie für die Anwendung der ESVP in den von Solana gewählten Proportionen zurückführen. Nach deren eigenem Maßstab ist allerdings die Relevanz der strategischen Konzeption der EU wiederum gegenüber dem Konfliktpotenzial und den Risiken in

der Gefahrenzone im Süden und Südosten von Marokko bis zum Iran ohne aktive Mitwirkung der Türkei extrem begrenzt. Dies wiederum ist kritisch für ihre Krisenrelevanz.

IV.

Die Türkei als strategischer Partner hat von Anfang an ihren europäischen Platz und Rang in der NATO und als bilateraler Verbündeter der USA gefunden. Daran hat sich seither im Kern nichts geändert. Europa und die Türkei haben daraus im Ost-West-Konflikt Nutzen gezogen. Ob sich solcher Nutzen künftig auf die neue Lage wird übertragen lassen, hängt von der weiteren Entwicklung und von den Beziehungen zueinander und zu Amerika wie zum Mittleren Osten selber ab. Der internationale Rahmen der türkischen Sicherheit besteht fort; seine Bedeutung liegt aber weniger im Verhältnis zu Europa als zu den USA. Die europäische Verbindung ist für die Türkei politisch und ökonomisch vorteilhaft und wichtig, die „American connection“ ist vital, solange der Mittlere und Nahe Osten nicht zuverlässig befriedet ist und die Verhältnisse in der Region nicht zum Vorteil der türkischen Interessen stabil sind. Die Voraussetzungen dafür aber kann weder die Türkei ohne die USA noch Europa schaffen. Die Priorität der türkischen Außen- und Sicherheitspolitik liegt deshalb auch für die absehbare Zukunft in der NATO und bei den USA, nicht bei der EU, denn die vitale Verbindung, der internationale Lebensstrang der Türkei, führt über den Atlantik nach Amerika, ähnlich wie der Israels, Saudi-Arabiens, Jordaniens oder Ägyptens.

Der geopolitische Wert der Türkei als strategischer Partner in seiner Eckpfeiler- und Schlüsselstellung kann für Europa künftig nützlich werden, wenn es selbst eine längerfristige strategisch angelegte Orientpolitik mit der Türkei entwickelt und zu militärischer wie anderer anti-terroristischer Gewaltanwendung in Krisenlagen zur Prävention, im Notfall zur Präemption, fähig und bereit ist. Eine zögerliche oder schwankende Politik wie 1991 bis 1995 gegenüber dem Bosnien-Krieg und später dem Kosovo wird in Ankara keine Hinwendung zu europäischen Krisenaktionen und Problemlösungen

bewirken, sondern die Hinwendung entweder zu den USA oder aber Neutralität und Passivität gegenüber einem Konflikt, der die Türkei nicht unmittelbar berührt oder erkennbar bedrohen könnte: Europäische Solidarität ist in der Türkei keine Selbstverständlichkeit, und jede aktive Unterstützung hat ihren Preis, wie die Amerikaner vor dem Golf-Krieg erfahren haben. Die Fragezeichen der EU-Politik kann aber die Türkei nicht beseitigen, gleichgültig ob sie EU-Mitglied wird oder nicht. Stärken könnte die Türkei die EU nur, wenn diese sich stärken ließe und ihre Mitglieder die notwendigen Kraftanstrengungen machten, ihre Streitkräfte entsprechend der ESVP-Konzeptionen veränderten und die finanziellen Mittel nachhaltig aufstockten, also auf die eine oder andere Weise den Beispielen Großbritanniens, Frankreichs und Schwedens folgten, obwohl auch diese unvollkommen und ungesichert sind. Aber die Türkei hat selber europäische Beispiele der Modernisierung der Armee und der Ausrüstung insgesamt dringend nötig, denn ihre Streitkräfte sind für die ESVP wie für die neuen NATO-Zwecke der globalen Intervention nicht besonders geeignet und zudem militärisch nur von begrenztem Wert, allemal ausreichend für Fälle wie den Balkan oder den Irak, aber darüber hinaus schon nicht mehr unbedingt einsatzfähig.

Dabei ist zwischen der strategischen Passivnutzung der Türkei und ihrer militärischen Aktivnutzung in Krise und Konflikt zu unterscheiden. Im NATO-Rahmen und für Besetzungsaufgaben – etwa im Irak – sind der Türkei in der Kooperation mit US-Streitkräften bestimmte Aufgaben zugeteilt oder übertragbar. Außerhalb der eng eingegrenzten Balkan-Einsätze in NATO-Regie und der Offensiven gegen die PKK im Nordirak im eigenen türkischen Interesse bei begrenzten Inkursionen und der Stationierung eines vorgeschobenen militärischen Grenzschutzes auf der irakischen Seite der Grenze hat die türkische Armee seit der Zypern-Invasion 1974 nicht mehr in anderen Ländern eingegriffen. Türkische Special Operations Forces wirkten in Afghanistan mit. Türkische militärische Ausbilder sind in zentralasiatischen Staaten tätig. Für den Irak kommt dies politisch und psychologisch kaum in Frage, obwohl ein türkisches Kontingent von den USA gewünscht

wird und unter NATO-Befehl auch im Irak stationiert werden könnte. Aber dies wäre wieder eine NATO-Verwendung für eine nicht von der EU bestimmte Politik. Am gegebenen Verhältnis Türkei-EU würde dies nichts ändern.

Wie kann Europa durch die EU, also neben der NATO oder nach der NATO, die Türkei als strategischen Partner aktiv nutzen und was kann die Türkei beitragen?

IV.1.

Unabhängig von einer Aufnahme in die EU kann und sollte die Türkei für die ESVP und deren militärische Krisenreaktion als externer Partner auch politisch und planerisch an den europäischen Entscheidungen beteiligt werden. Dies würde weder die Integrität und Identität der EU beeinträchtigen noch europäische Interessen beschädigen oder die Aktionseinheit hemmen müssen. Die Gründe, warum dies bisher verweigert wurde, überzeugen nicht: Weder kann eine solche Beteiligung der Einheit der Union, soweit diese besteht, Abbruch tun noch eine Aufnahme der Türkei präjudizieren. Die wahren Gründe waren bisher das griechische Veto, die Unsicherheit über eine Lösung für Zypern und der Unwille einiger Länder der EU, auch im ESVP-Rahmen mit dem türkischen Militär direkt zusammenzuwirken.

Die Einladung der Türkei zur Mitarbeit sollte am besten noch vor, oder spätestens aber zu Beginn der Beitrittsverhandlungen, also noch vor Jahresende 2004 erfolgt sein, um diesen sicherheitspolitischen Schlüsselkomplex vom Verlauf dieser kritischen Verhandlungen zu trennen und die objektiv gegebene strategische Sicherheitspartnerschaft mit der Türkei unabhängig von deren Verlauf zu festigen und formal zu erklären.

IV.2.

Die EU-Partner, die auch NATO-Partner sind, sollten ihre zugesagten militärischen Beiträge zur Flankenverteidigung im Südosten des NATO-Gebietes, die zugleich der türkischen Landesverteidigung zugute kommen können, operativ so aufwerten und logis-

tisch so unterstützen, dass sie nicht nur symbolisch sind, sondern reale – wenn auch begrenzte – Beiträge zur Sicherheit der Türkei im Krisen- oder Konfliktfall sein und die europäische Solidarität materialisieren können. Dies gilt entsprechend auch für militärische Krisenreaktion im Mittleren Osten. Insofern wird die weitere europäische Haltung zu einer Entlastung der USA im Irak für eine Konsolidierung der demokratischen Chance durch Stabilisierung der Lage von großer Wirkung auf die türkische Haltung nicht nur zum Irak und zu Amerika, sondern auch zu Europa im Sinne des Wertes europäischer Politik und des Nutzens für die Türkei sein.

Das spanische Beispiel nach dem Terroranschlag vom 11. März 2004, das der Premierminister der Sozialistischen Arbeiterpartei PSOE mit seinen Ankündigungen eines Abzugs der spanischen Brigade aus dem Irak ohne vorherige Übernahme der politischen Verantwortung durch die UNO (die die USA seit Dezember 2003 aktiv suchen) bis zur Jahresmitte zusammen mit dem Urteil über die Koalitionsbesatzung als im Resultat „desaströs“ gab, kann nicht für militärische Bindungen an Europa außerhalb der NATO und also an eine autonome ESVP der EU-Partner wirken. Man kennt in der Türkei die Verhältnisse im Irak und die Risiken für eine Beteiligung an der Okkupation zur Sicherheitskontrolle recht gut, so wie man auch eigene Erfahrungen mit dem Terror und einer extrem gewalttätigen und verheerenden Grenzguerrilla seit langen Jahren hat. Die spanischen Reaktionen sind verständlich und werden auch offiziell oder von der öffentlichen Meinung der Türkei nicht missbilligt. Doch wird man sich in Ankara zwangsläufig – und nicht nur unter amerikanischem Einfluss – die Frage stellen, mit welchen unsicheren Kantonisten in Europa man es im Krisenfall bei akuter Notwendigkeit, europäische Unterstützung in Anspruch zu nehmen, zu tun hätte, insbesondere dann, wenn die demokratische Linke Italiens in Rom wieder an die Regierung gekommen sein würde und wenn ein Land wie Polen sich post festum aus der Koalition zurückzöge.

Die EU-Partner sollten deshalb Engagement auch dort zeigen, wo Europa zu Ende ist, mit Krisenreaktionskontingenten auftreten wie es bisher einige in der Irak-Nachkriegs-Okkupation der US-

geführten Koalition getan haben. Damit wären die fundamentalen Voraussetzungen auf europäischer Seite für eine Nutzung der Türkei zu ESVP-Zwecken geschaffen. Verzögerungsmanöver wie 2002 in der NATO gegen die militärische Flankenverstärkung zum Schutze der Türkei im Falle eines Irak-Krieges aus Gründen, die weniger mit der Sicherheit der Türkei oder des NATO-Gebietes zu tun hatten als mit der Opposition dreier Länder gegen die Interventionspolitik und deren Kriegsoption (mit der man in Ankara auch nicht einverstanden war), dienen dem nicht, zumal in diesem Fall besonders Frankreich als Opponent zugleich die Aufrechterhaltung, ja die Stärkung der „militärischen Drohkulisse“ am Golf über längere Zeit allein durch US-Truppen und das britische Kontingent forderte – eine in sich nicht schlüssige Politik angesichts der hohen Kosten und der wachsenden räumlichen Enge der US-Militärpräsenz in der Wüste Kuwaits. Auch dieses französische (und deutsche) Verhalten, das das türkische Zögern im kritischen Moment mit bestärkte, warf in Ankara die Frage auf, wie weit man denn im Ernstfall überhaupt mit Europa selbst in der NATO rechnen könne.

IV.3.

Um die Türkei als „Brücke zum Orient“ für europäische Interessen nutzen zu können, müsste Ankara an allen politischen und militärischen Konsultationen der EU-Partner von Anfang an beteiligt werden, denn nur eine gründliche Verständigung über Ziele, Mittel und Wege, über akzeptierte Risiken und Kosten, über die Dauer der Unternehmung und deren angestrebtes Resultat im Falle einer Eskalation oder eines notwendig werdenden Abbruchs, also über „preferred outcome“ und eine „exit strategy“ – in jeder Allianz oder Koalition eines der schwierigsten und unsichersten Verabredungen –, könnte die Türkei, gleich ob in der EU oder als externer NATO-Partner, im Orient für europäische Interessen und Operationen der Krisenbewältigung nutzbar machen. Dies setzt in jedem Fall eine „Entente cordiale“ wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts zwischen den noch nicht verbündeten, geschweige denn befreundeten, rivalisierenden westeuropäischen Großmächten Frankreich und Großbritannien

mit den Übersee-Imperien als Interessenausgleich voraus. Wenn die ESVP gelingen soll, braucht die EU eine solche Entente mit der Türkei.

IV.4.

Die europäische Politik darf nicht versuchen, die Türkei in Gegensatz zu den USA zu bringen oder Probleme mit der NATO, die die türkischen Bündnisinteressen beeinträchtigen können, zu forcieren, wie Frankreich und Deutschland dies seit dem Kosovo-Krieg mehrmals getan haben, auch gegenüber der Türkei. Europa könnte daraus keinen Nutzen ziehen, sondern müsste Nachteile gewärtigen, schon weil die EU weder die USA im Weiteren Mittleren Osten, geschweige denn im Irak oder gegenüber dem Iran ersetzen noch den Palästina-Krieg beenden und das Regionalproblem zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn lösen könnte. Abgesehen davon hielte Europa einen politischen Konflikt mit Amerika nicht aus, und die Türkei könnte von den Folgen arg betroffen werden, sodass sie ihren Vorteil nicht in Europa sucht, sondern entweder in Amerika oder im Mittleren Osten durch Neutralität und Rücksicht auf die orientalischen Interessen und Kollektivgefühle, die anti-westlich, nicht nur anti-amerikanisch sind, was man im Irak derzeit nicht nur gegenüber den Briten als Verbündete der Amerikaner, sondern auch gegenüber den Franzosen, den Opponenten der US-Politik in diesem Fall, wegen des im Irak und im Mittleren Osten so verstandenen egozentrischen Desinteresses an einem materiellen und politischen Engagement Frankreichs feststellen kann. Eine Enttäuschung über Europa könnte in der Umgebung politische Folgen haben, die es der Türkei erschweren würden, europäische Interessen aktiv im Orient zu vertreten.

IV.5.

Die EU wird in jedem Fall, ob nun nur in einer privilegierten externen Partnerschaft im Assoziationsverhältnis und in der Zollunion oder als EU-Vollmitglied, die Türkei als eigenständige Regionalmacht mit eigenen Interessen und Sicherheitsbedürfnissen anerkennen und praktisch so behandeln müssen, um in ihr einen unterstützenden Partner für europäische Sicherheitsinteressen im Orient zu finden. Dies gilt

sowohl für die türkisch-israelische Militärkooperation als auch für die türkische innere wirtschaftliche Entwicklungspolitik mit der Wasserversorgung der Region sowie der türkischen Haltung in der Kurdenfrage und gegenüber dem Irak oder Syrien. Deshalb wären alle GASP- und ESVP-Ziele in der Region, die die legitimen türkischen Interessen nicht berücksichtigen oder die Türkei objektiv überfordern, für Europa kontraproduktiv. Die EU und die Türkei brauchen eine beidseitige Kompromisspolitik auch in Sicherheitsfragen, dies auch gegenüber Russland und Amerika. „Strategische Autonomie Europas“ gegenüber den USA und „Gegenmachtbildung“ durch „Europe-Puissance“ (Chirac) zu den USA stehen nicht auf der türkischen Agenda, auch wenn Ankara sich selber mehr Autonomie im Bündnis wünscht.

IV.6.

In jedem Fall müsste die Türkei, schon als europäisches Glacis, an der erweiterten Luftverteidigung und an einer gemeinsamen regionalen Flugkörperabwehr, zu der ja auch Russland von den USA und von den westeuropäischen Partnern des Projekts eingeladen ist, beteiligt und dafür auch unterstützt werden. Für die Sicherheit Europas wäre dies der erste Schritt in diese strategische Richtung. Eine Abstützung nur auf Mittelmeerinseln nach Südosten und Süden, etwa Malta, Zypern oder Rhodos, wäre eine politisch wie territorial etwas schmale und im Übrigen unsichere Basis.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Türkei sicherheitspolitisch und militärstrategisch in der NATO und in dem keineswegs spannungsfreien, auch in mancher Hinsicht problematischen, aber doch überwiegend vorteilhaften bilateralen Bündnis mit den USA im Rahmen des Möglichen ausreichend gesichert ist und andererseits der türkische Beitrag zur Sicherheit und Verteidigung Europas am besten und in Krisen am flexibelsten, dazu auch aus politischen Gründen am pragmatischsten in der NATO und von der NATO gemanagt und kontrolliert werden kann. So ist für die Sicherheit Europas eine Aufnahme der Türkei in die EU nicht notwendig, selbst wenn sie (unter den oben aufgestellten Voraussetzungen) nützlich sein könnte. Eine Aufnahme der Türkei in

die EU muss andere ausreichende Gründe haben – politische und ökonomische, soziale und zivilisatorische zum Vorteil der Türkei und Europas auf Gegenseitigkeit und in relativer Harmonie, anders gesagt: „The case has to be judged on its own merits“ – nicht aber mit geborgten Federn vom fremden Baret.